

Zwischen Glaube und Ideologie besteht ein radikaler Gegensatz... Die Ideologie zerstört den Glauben, insofern der Tod des Glaubens die notwendige Frucht der Ideologie, wenn nicht gar ihr Vorläufer ist.

Bischof Gérard Huyghe

Neue und alte Akzente in Rom

Im Aktivitätsbereich Roms bzw. des Vatikans waren in den letzten Wochen einige *nicht alltägliche Vorgänge* zu verzeichnen. Diese hatten zwar kaum den besonderen Geruch des Sensationellen an sich, den ihnen ein Teil der Tagespresse, vor allem der italienischen, andichten wollte. Doch war ihr Echo stark genug, um hier registriert zu werden. Die Vorgänge bezogen sich auf sehr verschiedene Daten und unterschiedliche Tätigkeits- und Interessengebiete. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ihnen ist nicht zu erkennen, noch weniger eine einheitliche Tendenz, auch wenn manche Kommentatoren, wenigstens an einigen dieser Vorgänge, eine solche zu erkennen glaubten und sogar von einer *späten Wende* im Pontifikat Pauls VI. sprachen.

Diese Mutmaßungen hatten ihren Grund zunächst wohl weniger in den Gegenständen päpstlicher Ansprachen und diplomatisch-politischer Aktivitäten als vielmehr in einem während der letzten Monate mehrmals vernommenen kurzen Hinweis auf seinen möglicherweise bald zu Ende gehenden Pontifikat. Schon bei seinem Besuch in Cagliari (Sardinien) am 24. April 1970 hatte der Papst von sich gesprochen als von einem, „dem die Lebensuhr, das Alter, der schwere Zustand ein nahendes Ende anzeigen“. Anlässlich der Feiern zu seinem Priesterjubiläum am 15. Mai gab er nochmals einen Hinweis auf das nahe Ende. Und am 25. Juni sprach er vor einer Gruppe von Priestern aus seiner Heimatdiözese Brescia vom „nunmehr nahen Ende der Mission, die mir anvertraut wurde“. Erst dieser letzte Hinweis, der in der Wiedergabe der Ansprache durch den „Osservatore Romano“ (26. 6. 70) nicht auffindbar ist, gab Anlaß zu erneuten Spekulationen über einen *möglichen Rücktritt* des Papstes nach Vollendung seines 75. Lebensjahres. Doch der Leiter des vatikanischen Pressesaales, F. Vallainc, der inzwischen zum Weihbischof von Siena ernannt wurde, dementierte anlässlich der letzten Pressekonferenz vor den Sommerferien: der Papst habe von seinem Tod und nicht von einer möglichen Demission gesprochen. Da der dreimalige Hinweis jeweils in einem sehr persönlichen Kontext fiel, erschien ein solches Dementi durchaus plausibel. Dennoch werden die Gerüchte in den nächsten zwei Jahren — der Papst ist 73 Jahre alt — kaum noch verstummen. Zumal Paul VI. durch seinen Besuch auf dem Monte Fumone, dem Zufluchtsort des zurückgetretenen Mönchspapstes Zölestin V., selbst ein deutliches *Zeichen* gesetzt hat.

Programmatische Replik

Aber wenigstens ebenso aufhorchen ließ seine Ansprache vor dem Kardinalskollegium aus Anlaß seines Namens-tages am 23. Juni (vgl. „Osservatore Romano“, 24. 6. 70). Aus diesem Anlaß hatte Paul VI. jedes Jahr eine wichtige Ansprache gehalten und, da der Tag terminlich fast mit dem Jahrestag seiner Wahl zusammenfällt (21. Juni), vor dem Kardinälen eine Art Bilanz seines letzten Pontifikatsjahres gezogen. Diesmal war die Bilanz jedoch mehr *programmatische Replik* als bloße Rückschau. Gleich zu Beginn lud er die Kardinäle ein, ihren Blick mit ihm auf die Zukunft zu richten. Dies sei, so meinte er unter Anspielung auf seinen Namenspatron, Aufgabe des Vorläufers und zitierte dazu — dies geschah in den letzten Wochen besonders oft — seinen eigenen „Vorläufer“, Johannes XXIII., genauer dessen Bulle zur Einberufung des Konzils mit der Aufforderung, „die moderne Welt mit den belebenden und ewigen Energien des Evangeliums in Kontakt zu bringen“. Er sprach ausführlich vom Konzil, das er als „Quelle der Hoffnung und Gewißheit für die heranwachsenden Generationen“ bezeichnete. Alle Mitglieder der Kirche, in welchen Positionen und Verpflichtungen sie auch stünden, seien für die Realisierung „dieses großen Werkes“ verantwortlich. Seine Durchführung sei „der beherrschende Gedanke“ seines Pontifikates gewesen. Er sprach (wenige Tage vor der „Pilgerfahrt“ der Traditionalistenbewegung am Feste Peter und Paul) von der *Liturgiereform*, die vom römischen Liturgierat verwirklicht wurde und nun von den Bischofskonferenzen den örtlichen Verhältnissen angepaßt werde. Er lobte die immer „besser entwickelte Zusammenarbeit“ zwischen dem Heiligen Stuhl und den *Bischofskonferenzen*, die er als „Organe der Koordination und Promotion der Lokalkirchen in Gemeinschaft mit der Kirche von Rom“ bezeichnete. Er sprach von den „brüderlichen Banden“, die durch die periodischen Zusammenkünfte der Bischofs-synode und des Bischofsrates bei deren Sekretariat konsolidiert würden.

Er erwähnte als Beispiele gelungener Zusammenarbeit zwei jüngst veröffentlichte Dokumente, die Ratio fundamentalis über die *Priesterausbildung* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 213) und das Motuproprio über die *Mischehengesetzgebung* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 269), wobei Beachtung verdient, daß er beide

Dokumente in einem Zug nannte und beide als „Rahmengesetze“ bezeichnete — ein für die Interpretation von „Matrimonia mixta“ gewiß nicht uninteressanter Gesichtspunkt. In ihnen seien die wesentlichen Leitlinien festgehalten. Es sei Aufgabe der Bischofskonferenzen, sie nach den verschiedenen pastoralen Notwendigkeiten anzupassen. Das gleiche System umfassender Absprache solle auch bei der *Revision des Kirchenrechts* angewandt werden. „Das neue Gesetz des Volkes Gottes muß zwar vom Papst promulgiert werden, aber es ist höchst angebracht, daß ihm die Hilfe der Hirten der Kirche zuteil werde, die ihrerseits die Interpreten der Empfindungen des Volkes Gottes sein werden.“ Die Beratungs- und Überprüfungsarbeit werde zwar noch viel Zeit beanspruchen, aber es werde eine bestens verwandte Zeit sein, nicht nur weil so die Wirksamkeit des Gesetzes verstärkt, sondern auch dessen Aufnahme fruchtbarer sein werde.

Er sprach von der *Theologenkommision* bei der Glaubenskongregation, von der er viel erwarte, da schon ihre ersten Arbeiten vielversprechend seien. Im Bereich der Theologie stellten sich heute so viele Probleme, „daß Antworten notwendig sind, die dem Christen von heute die Sicherheiten geben, deren er bedarf“. Zugleich sprach er von der Fortführung des ökumenischen Gesprächs, von den Kontakten mit den Vertretern der anderen Religionen, vom „schwierigen, komplexen und delikaten *Dialog*“ mit den verschiedenen Vertretern des heutigen Humanismus. Er wiederholte frühere Hinweise auf die Verschärfung des Konfliktes zwischen armen und reichen Ländern, er streifte die *Friedensfrage*, „um zu sehen, ob das, was man in der Welt, wenn auch mit gutem Willen, tut, auch genügend wirkräftig ist oder ob nicht eher mehr Mut bei der wirksamen Förderung des Friedens notwendig ist“. Er betonte die *Präsenz der Kirche in der Welt*: „Fest im Glauben und unzerstörbar in der Hoffnung, getrieben von einer erleuchteten Liebe, macht sich die Kirche auf zu den ältesten Religionen wie zu den neuesten Ideologien und zu den schwierigsten menschlichen Problemen, um ihr Geheimnis und ihren Reichtum beizusteuern, die nicht die einer perfekten Organisation oder einer erprobten Technik sind, sondern ‚ein Same, ein Ferment, Salz und Licht‘.“

Vieles in der Rede war gewiß konventionell, nur im Ton zuversichtlicher und in der Sache, vor allem hinsichtlich eines kollegialen Zusammenwirkens in der Kirchenführung, allerdings ohne Infragestellung nennenswerter Prärogativen, konzilianter. Die *Warnungen*, vor allem zur innerkirchlichen Entwicklung, in den letzten Jahren immer häufiger und eindringlicher, fehlten in dieser Rede ganz. Sie war auf jeden Fall eine der gelöstesten seines Pontifikats. Man spürte den Willen und das Bedürfnis nach Überblick und Zusammenfassung; von Resignation war nichts zu spüren. Er nahm nochmals ausführlich Bezug auf die für November 1970 geplante 14tägige *Reise in den Fernen Osten*, der er einen stark missionarischen Akzent setzte: der neuen Zeit gehöre ein neuer Stil, wenn nur die Treue zur pastoralen Mission des Papstamtes gewahrt werde, das als Dienst auszuüben sei.

Absage an den Reichtum

Nicht weniger Beachtung fand die Ansprache des Papstes bei der Generalaudienz am nächsten Tag (Wortlaut im „*Osservatore Romano*“, 25. 6. 70). Sie war dem Thema *Armut*, und zwar speziell der Forderung nach einer

„dienenden und armen Kirche“ (nach einem Buchtitel von Y. Congar), gewidmet. Wieder zitierte er Johannes XXIII., genauer dessen Radiobotschaft vom 11. September 1962: „Die Kirche stellt sich dar als die, die sie ist, und will sein die Kirche aller und in besonderer Weise die Kirche der Armen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 43). Paul VI. erinnerte an das große Echo jener Worte. Alle wüßten, welcher Rang der Armut im ganzen Evangelium zukomme. Er erinnerte auch an die Konzilsansprache von Kardinal *Lercaro*, des vorzeitig von Paul VI. aus seiner Diözese entlassenen, ehemaligen Erzbischofs von Bologna, vom 6. Dezember 1962 über die ekklesiale Armut als Glaubwürdigkeitsgrund der Kirche und zog daraus seinerseits die bisher aus päpstlichem Mund nicht gehörte Konsequenz: „*Die Kirche muß arm sein; und nicht nur das; die Kirche muß arm erscheinen.*“ Er warb zwar um Verständnis für das geschichtliche Verhältnis der Kirche zu Macht und Reichtum dieser Erde — sie hätten zu verschiedenen Zeiten zu ihrer zivilisatorischen Funktion gehört. Es lasse sich auch leicht nachweisen, daß es mit den „sagenhaften Reichtümern, die eine gewisse öffentliche Meinung ihr zuteil“, nicht weit her sei. Oft reichten sie nicht „für die Deckung der bescheidenen und legitimen Bedürfnisse des gewöhnlichen Lebens“, für den Unterhalt kirchlicher Personen und pastoraler und karitativer Einrichtungen. Doch wolle er jetzt keine Apologie betreiben. „Vielmehr akzeptieren wir die Vorhaltung besonders jener, die die Kirche von außen ansehen, die Kirche möge erscheinen als die, die sie ist, gewiß nicht als Wirtschaftsmacht, von bequemem Wohlstand geprägt, mit Finanzspekulationen befaßt und unempfindsam gegenüber den Personen, den sozialen Schichten, den bedürftigen Nationen.“ Er wolle jetzt nicht dieses immense Feld *kirchlichen Lebensstils* erkunden. Er wolle es nur gerade andeuten, „damit ihr wißt, daß es uns gegenwärtig ist und daß wir bereits mit stufenweisen, aber nicht schüchternen Reformen daran arbeiten“.

Es wurde viel gerätselt, was der Papst damit gemeint habe und welche „Reformen“ in diesem Bereich unter seinem Pontifikat noch zu erwarten seien. Spektakuläres vermutlich nicht. Man verwies auf die jüngst vorgenommenen Gehaltserhöhungen und -umschichtungen für vatikanische Beamte — die Gehälter der Kardinäle wurden nicht mehr erhöht —, für deren Durchführung bereits vatikanische Immobilien veräußert werden mußten. Auch Gerüchte über die Veräußerung eines Teils der vatikanischen Kunstschätze regten sich wieder, während sich Hinweise auf die Vorbereitung einer eigenen *Enzyklika* über die Armut zu bestätigen scheinen. Auch der Erzbischof von Madrid, *C. Morcillo Gonzalez*, sprach anläßlich einer Vollversammlung des spanischen Episkopats, die sich mit demselben Thema beschäftigte (vgl. „*Ecclesia*“, 11. 7. 70), von diesem Plan. Zu hören war auch, im Staatssekretariat bestehe nach den letzten, fast periodischen, die Kirche in Mißkredit bringenden Veröffentlichungen über vatikanische Finanzen der Plan, diese, wenn möglich, noch in diesem Jahr offenzulegen. Doch ging es dem Papst offensichtlich nicht nur um mehr Transparenz im Finanzgebaren, sondern um die Vereinfachung des vatikanisch-kirchlichen Lebensstils und der geschichtlichen Überreste klerikalen Poms. Dies ist ein prägendes Anliegen des Papstes seit Beginn seines Pontifikats, das bisher in einer Reihe symbolischer und reformerischer Gesten (Abschaffung der Tiara, Vereinfachung des Protokolls und des Repräsentationsinstrumentariums) einen deutlichen, aber zu wenig regi-

strierten Ausdruck fand. Vermutlich werden diese Bemühungen einmal zu den entscheidenden Pluspunkten des gegenwärtigen Pontifikats zählen. Wenn sich die Reformen dennoch „timide“ ausnehmen, so liegt das wohl an der geschichtlichen Last des kirchlichen Apparats, die nicht von heute auf morgen abgeschüttelt werden kann, die der Papst aber ganz offensichtlich als schweres *pastorales Hindernis* empfindet.

Zwei heikle Probleme

Eine pastorale oder kirchenpolitische Wende des Pontifikats Pauls VI. wird man aus den beiden Ansprachen vom 23. und 24. Juni aber schon deswegen nicht herauslesen, weil in anderen Bereichen und Streitfragen der letzten Zeit eine Kurskorrektur oder eine substantielle Öffnung nicht zu erkennen ist. Beispiele dafür sind das vatikanische Verhalten in der Frage der *Ehescheidungsgesetzgebung in Italien* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 9 und S. 205) und in der *Zölibatskontroverse mit dem holländischen Episkopat*. In beiden Fragen scheint zwar das Eis vorläufig gebrochen: man ist in Verhandlungen bzw. Gespräche eingetreten. Aber in der Scheidungsfrage hat sich der Papst seit 1966 entschieden abwehrend engagiert mit juristischen (Artikel 34 des italienischen Konkordats), vor allem aber ethischen, weniger mit theologischen Argumenten. Über den konkordatsrechtlichen Aspekt wird verhandelt. Zweimal, Anfang und Mitte Juni, fanden Gespräche zwischen dem Kardinalstaatssekretär und den zuständigen italienischen Ressorts (Außen- und Justizminister) statt. Die drei Noten, die der Vatikan in dieser Angelegenheit an die italienische Regierung richtete, die erste vom 22. August 1966, die zweite vom 16. Februar 1967, die dritte, die der Verhandlungsphase, vom 13. Juni 1970, wurden nunmehr, nachdem sie italienischerseits den Abgeordneten und Senatoren ausgehändigt worden waren, auch von vatikanischer Seite veröffentlicht (vgl. Wortlaut in „Civiltà Cattolica“, 4. 7. 70). Auch die letzte Note läßt neben Verhandlungsbereitschaft den unveränderten *Rechtsstandpunkt* des Vatikans erkennen. Vermutlich bringt die Verzögerung einer Abstimmung über den von der Kammer bereits gebilligten Gesetzesentwurf auf Grund der neuesten Regierungskrise weiteren Verhandlungsspielraum, aber damit wird das Projekt auch die italienische Innenpolitik weiter zusätzlich belasten. Ein späteres Einlenken des Vatikans über den Weg einer einverständlichen Konkordatsrevision ist jedoch sicher nicht auszuschließen.

Für die Gesamtkirche gewichtiger und aufschlußreicher ist jedoch die weitere Entwicklung der *Kontroverse Rom—Holland*. Der Brief des Papstes an Kardinal Alfrink vom 24. Dezember 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 79) war der letzte direkte Kontakt zwischen dem Papst und dem holländischen Episkopat, der einzige Klärungsversuch der Zwischenzeit, eine Aussprache zwischen Kardinal Alfrink und Kardinal Villot Anfang (7./8.) März, fand in Paris statt. Nach halbjähriger Kontaktunterbrechung wurde das Gespräch nun wieder aufgenommen. In der ersten Julihälfte war Kardinal Alfrink in Rom; er wurde am 10. Juli vom Papst zu einem längeren Gespräch empfangen, über das von beiden Seiten Stillschweigen gewahrt wurde und zu dem sich Kardinal Alfrink von insistierenden Journalisten nur die Feststellung abringen ließ, er müsse zuerst mit den Mitbischöfen in Holland sprechen, bevor er sich in der Öffentlich-

keit äußere. Von vatikanischer Seite hatte man bereits vor den Gesprächen Alfrinks in Rom wissen lassen, diese müßten sich im Rahmen des Villotbriefes vom 2. Februar (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 135) bewegen. Da der Papst inzwischen seine Haltung bezüglich des *Zölibats* mehrmals bestätigte, u. a. in der Ansprache an die Priestergruppe von Brescia — wird eine Lösung nur in der Frage der *Ordinierung bereits Verheirateter* für möglich gehalten, wobei offenbleibt, ob diese Überlegungen auf Holland unmittelbar Anwendung finden. Doch erscheint dieser längere und indirekte Weg zu einer verheirateten neben einer zölibatären Priesterschaft jetzt um so plausibler, als bei grundsätzlicher Zustimmung zur Haltung des Papstes gegenüber den Postulaten des holländischen Pastoralkonzils die Ordinierung bereits Verheirateter von einer Reihe von Bischofskonferenzen (auch aus Afrika und Lateinamerika) gefordert bzw. vorgeschlagen wurde und dieses Postulat auch bei europäischen Bischofskonferenzen mehr und mehr auf Zustimmung trifft. Ob Rom auch bereit ist, dem holländischen Episkopat größere Freiheit zu lassen bei der kirchlichen Indienstnahme laisierter und verheirateter Priester, so daß eine weitgehende Weiterbeschäftigung einzelner im pastoralen Dienst der Kirche möglich wird, dürfte sich erst sagen lassen, wenn das endgültige Gesprächsergebnis bekannt ist. Entsprechende Gesichtspunkte dürften jedenfalls nicht nur im Gespräch mit dem Papst, sondern auch in den ausführlichen Unterhaltungen mit den Kardinalen *Villot* und *Wright* (letzterer Präfekt der Kleruskongregation) eine Rolle gespielt haben. Sind kurzfristige Lösungen der Hollandkontroverse nicht zu erwarten, so darf man doch die formelle Beendigung eines allzulangen Ausnahmezustandes, der über einhalbjährigen Funkstille zwischen Utrecht und Rom als Zeichen der Entspannung und der Ernüchterung ansehen. Man wird aber gut daran tun, das jetzt auf Wunsch Roms angelaufene Gespräch nicht als päpstliches Nachgeben zu interpretieren, sondern wird darin viel eher einen Versuch sehen, den Konflikt im Sinne der unveränderten eigenen Vorstellungen zu Ende zu bringen. Sowohl die bisherige Haltung Roms wie die Predigt Alfrinks zum Jahrestag der Papstkrönung und der Hirtenbrief der holländischen Bischöfe zum gleichen Tag lassen auf eine unmittelbare Kursänderung nicht schließen.

Folgen einer Audienz

Indessen schien sich in einem ganz anderen Bereich ein für Rom fast nicht weniger delikater, wenn auch weltlicherer Konflikt anzumelden: die *Spannung zwischen dem Vatikan und der portugiesischen Regierung* wegen der Papstaudienz für die Rebellenführer *A. Neto* (Angola), *A. Cabral* (Portugiesisch-Guinea) und *M. Dos Santos* (Mozambique) am 1. Juli. Der Vorgang hat auch außerhalb Portugals und Roms mehr Aufsehen erregt, als er vermutlich verdiente. Die italienischen Zeitungen trieben es mit *Mutmaßungen* auch in diesem Fall besonders weit. Nicht nur die kommunistische und kommunistenfreundliche Presse wertete die Geste des Papstes als Absage an die portugiesische Überseepolitik. Der Mailänder „Giorno“ (2. 7. 70) meinte, diese Audienz gehöre zu jenen Taten, die den Ruhm dieses Pontifikats ausmachten. Und die Turiner „Stampa“ vom gleichen Tag wußte zu berichten, der Papst habe allein und in völliger Kenntnis der Dinge sich entschlossen, die drei Rebellenführer zu empfangen, weil er es satt habe, daß diejenigen, die die Macht in den

Händen hielten, seinen Mahnungen gegenüber stumm bleiben. Der politisch weit rechts stehende römische „Tempo“, lange Zeit als Indiskretionenblatt gewisser Kurienprälaten bekannt, empfand hingegen die Geste Pauls VI. als eine Beleidigung einer Nation, die jahrhundertlang „treu ergeben und heroisch für Papsttum und Religion“ gewirkt habe. Geflissentlich wurde übersehen, daß — mit Unterbrechungen — das Verhältnis zwischen Vatikan und Portugal Ende des 18. und das ganze 19. Jahrhundert hindurch alles eher als entspannt und den Regierungen wenig von heroischer Treue gegenüber dem Papsttum anzumerken war.

Aber auch seriösere Blätter (z. B. „Neue Zürcher Zeitung“, 6. 7. 70) warnten und meinten, man habe zumindest „Mühe zu glauben, daß dem Vatikan das Vorhaben und die Weltanschauung der Besucher vor ihrer Ankunft unbekannt gewesen seien“. Der römische Korrespondent von „Christ und Welt“ (10. 7. 70) witterte in dem Sieben-Minuten-Gespräch in einem Nebenraum der Peterskirche im Anschluß an die wöchentliche Routine-Generalaudienz sogar keinen Einzelfall, sondern „eine allgemeine Neuorientierung“ und brachte diese zusätzlich in Zusammenhang mit allerlei Unterstellungen hinsichtlich des Bedürfnisses des Papstes nach geschichtlicher Selbstdarstellung: Der Papst habe zunächst gehofft als Papst des Konzils durch die Liturgiereform als Reformpapst anerkannt zu werden, habe aber mehr Kritik als Zustimmung geerntet. Er habe dann als *Vermittler* im Weltfrieden auftreten wollen, war aber in Vietnam ebenso glücklos wie im Nahen Osten und in Biafra. Jetzt setze der Papst zum drittenmal an, „um als Protektor der Dritten Welt Anerkennung und ein neues Image zu finden“.

Noch grobschlächtiger hätte diese gewiß nicht selbstverständliche Geste des Papstes nicht interpretiert werden können. Und konnte man von Portugal nichts anderes als *scharfen Protest* erwarten, wenn der Papst Unabhängigkeitskämpfer aus seinen afrikanischen Provinzen empfing, so durfte man sich über das so gegensätzliche Echo in der ideologisch orientierten Presse nur deswegen nicht wundern, weil die drei Rebellenführer, von denen Cabral als Leiter der PAIGC (Parti africain pour L'indépendance de la Guinée et des Îles du Cap-Vert) der international bekannteste ist, nicht nur von *Tansania* aus unterstützt werden, sondern auch in engem Kontakt zu *Peking* und *Kuba* stehen und von dort her sowohl ideologisch wie militärisch unterstützt werden. — Ein Akt der Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, konkreter gegenüber dem portugiesischen Kolonialregime, war der Empfang der Rebellenführer gewiß — die Kirche hat im internationalen Feld nicht die gleichen Aufgaben, wie sie Regierungen haben, dies sagte der Papst auch deutlich in seiner Ansprache bei dem Empfang von Bundeskanzler Brandt wenige Tage später —, aber eine glatte Parteinahme für die Besucher oder gar für deren Ideologie wird man beim besten Willen nicht herauslesen können.

Der Papst demonstrierte so indirekt die Möglichkeit, mit allen sprechen zu können, auch wenn in der den Konflikt mit Portugal beendigenden Note des Vatikans zu lesen stand, die drei Afrikaner seien nicht als Politiker, sondern als Katholiken empfangen worden, und der „Osservatore Romano“ von ihnen als Rebellen in Anführungszeichen sprach. Ein Paktieren mit Guerrillas konnte man daraus kaum ableiten. Der Papst hatte in bezug auf revolutionäre Bewegungen den Standpunkt von „Populorum progressio“ — die Überreichung eines Exemplars dieser En-

zyklika, die in Portugal nur zensuriert vertrieben werden kann, an die Rebellenführer war wohl eine mehrfach symbolische Geste — erst wenige Tage vorher in einer Ansprache an die Mitglieder von SODEPAX von neuem bekräftigt: „Angesichts der Drohungen zu Perversion, welche die großen Mächte der Wissenschaft und des Geldes in die Hände gewisser Menschen und gewisser Länder legen, angesichts der Versuchung zu Revolte und gewalttätiger Subversion, denen die Völker in Elend und Unterdrückung ausgesetzt sind, müssen die Christen inmitten dieser Versuchungen die Bewerkstelliger der Bekehrung der Menschen, aller Menschen, zu gegenseitiger Achtung und Liebe sein“ (vgl. „Osservatore Romano“, 28. 7. 70). Nach *Unabhängigkeit* von Wirtschaftsimperien und Ideologien klang dies wohl, nach Unterstützung von Revolten gewiß nicht.

Politischer Papst?

Politisch überinterpretiert wurde gelegentlich auch der Besuch von Bundeskanzler *Brandt* vom 13. Juli im Vatikan. Auch das nahm kaum wunder. Da bereits zweimal Gespräche mit deutschen Sozialdemokraten und Regierungsmitgliedern über Friedens- und Entspannungspolitik unter Einschuß der Aussöhnung mit Osteuropa vorausgegangen waren und die Bundesregierung gerade jetzt vor Verhandlungen mit Moskau steht, mußte mit Spekulationen über das Verhalten des Vatikans zur deutschen Ostpolitik gerechnet werden. Da Brandt zudem der erste sozialdemokratische Bundeskanzler im Vatikan war (obwohl mit dem Vatikan von früheren Besuchen her vertraut) und durch die italienische Regierungskrise die Aufmerksamkeit an seinem Romaufenthalt fast ganz auf die Gespräche im Vatikan konzentriert war, konnte es nicht überraschen, daß sein Besuch vor allem hochpolitisch interpretiert wurde. Und Brandt und Pressesprecher *Ablers* trugen selbst dazu bei, indem sie die Hinweise des Papstes auf die *Entspannungsbemühungen in Europa* etwas stärker in Richtung deutsche Ostpolitik modulierten. Indessen ermunterte der Papst nicht minder — unter Hinweis auf Adenauer — zu weiteren Bemühungen um die Einigung Europas, sondern machte auch noch recht deutlich auf deutsche Kontroversen zwischen Staat und Kirche (Schule, Jugendpflege, Wohlfahrtswesen) aufmerksam. Das umständliche Diplomatendeutsch der beiden zunächst veröffentlichten Ansprachen des Papstes und des Kanzlers (vgl. „Osservatore Romano“, 13./14. 7. 70), lassen gewiß nicht auf eine ostpolitische „Option“ des Vatikans schließen. Auch die betonte Ostzusammensetzung der begleitenden Gesprächspartner und die viel stärker ostorientierte Rede des Bundeskanzlers, wie er sie tatsächlich gehalten hat, waren mehr Hinweis auf den Gesprächsgegenstand als auf die dem Vatikan eigenen Intentionen. Auch in den Beziehungen zu osteuropäischen Staaten müssen eben Methoden und Aufgaben der Kirche andere sein als die von Regierungen. Freilich wird man in der Äußerung, der Vatikan wolle das Problem der kirchlichen Verwaltung und der Diözesangrenzen in den Oder-Neiße-Gebieten erst nach einer völkerrechtlichen Regelung endgültig lösen, nicht nur als erneute Betonung des Rechtsstandpunkts, sondern auch als Wunsch werten können, die Verhandlungen in dieser Richtung möchten vorankommen. Aber von einer Wende gegenüber Osteuropa kann noch weniger gesprochen werden als von einer solchen gegenüber den Entwicklungsländern. Und schon gar nichts

hat das mit einer politischen Wende eines nach einem neuen Image suchenden Papstes zu tun. Dieser Papst war immer ein politischer Papst, in dem Sinne, daß er das Wirken für den Frieden und internationale Gerechtigkeit als die Kirche in Pflicht nehmende Aufgabe nachdrücklich wahrnahm. Das beweisen neben „Populorum progressio“ zahllose andere Dokumente. Daß er sich, wo er Recht gröblich verletzt sah, auch auffallend „unpolitisch“ verhalten konnte, bewies er wie im Fall der Audienz für die drei Rebellenführer wiederholt nicht nur während seines Pontifikats (auch gegenüber den Amerikanern), sondern schon als Kardinal und Erzbischof von Mailand, als er 1962 wegen eines Protests gegen die Verurteilung und spätere Hinrichtung eines kommunistischen Oppositionellen in Spanien in Konflikt mit dem Franco-Regime kam. Aber dieses unpolitische Verhalten sprach durchaus für seine *kirchlich-moralische Glaubwürdigkeit*.

Zu sehen ist der letzte unpolitische Akt des lebenslangen Diplomaten, der Montini war und Paul VI. geblieben ist, in der Perspektive der Rede vom 23. Juni, in der er zum Thema Dritte Welt sagte: „Irgend etwas funktioniert nicht gut im internationalen ökonomischen System. Der Unterschied zwischen den reichen und den armen Ländern nimmt zu. Aus der Dritten Welt kommt ein Hilferuf, der daran ist, zu einer schrecklichen Anklage zu werden. Er könnte in einen Zorn ausbrechen, der nicht zu besänftigen ist und dessen Folgen für den Frieden unheilvoll sein könnten ...“ Eine neue imagebedingte politische Wende des Papstes werden da höchstens jene vermuten, die den

vatikanischen Mauern entlang das Gras wachsen hören. Ebensovienig wird man von einer Schwenkung im kirchenpolitischen Sinne sprechen können. Sie zu vermuten, gaben die zitierten Reden eher Anlaß. Dagegen sprechen aber andere Äußerungen des Papstes, u. a. die letzte Audienzansprache vor den Sommerferien vom 15. Juli (vgl. „Osservatore Romano“, 16. 7. 70), wo er wieder einmal sehr deutlich von den *Gefahren* sprach, die im gegenwärtigen Prozeß der Erneuerung am Werke sind. Aber wie er dort entschieden feststellte, „das Barometer stehe auf Sturm und Veränderung“ und, den Pilgern ins Gewissen redend, um Unterscheidung der Geister warb: „Löschet den Geist nicht aus! Verachtet nicht prophetische Gaben! Prüfet alles! Das Gute behaltet!“ (1 Thess. 5, 19 bis 21), so sprach er vor der Priestergruppe aus Brescia von der *Überlieferung* als von einem Prinzip von wichtiger Aktualität, das von einer Generation, die ganz an Aktualität orientiert ist, zu leicht vergessen werde. Aber er wollte diese Überlieferung nicht verstanden wissen als zu tragendes Gewicht oder als hinzunehmende Zügel, sondern als Nahrung auf dem Weg durch die Zeit. Damit schlägt Paul VI. gewiß keinen neuen Weg ein, aber er hat den Weg der bloßen Balance zwischen Drängen und Beharren, auf den er sich lange gezwungen sah, überschritten. Im Blick auf die fortgeschrittene Zeit wird Pauls VI. eigenes Programm wieder sichtbar: die Erneuerung als Umkehr und Buße im individuellen und kollektiven Sinne des Wortes. Damit wächst die Distanz und zugleich die Souveränität im Umgang mit geschichtlichen Zwängen.

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Der Welternährungskongreß der FAO in Den Haag

Mit einigem Erstaunen mögen sich neutrale Beobachter auf dem II. Welternährungskongreß in Den Haag gefragt haben, was es wohl mit dem Drang der FAO auf sich hat, ihre *Zuständigkeiten* auf alle möglichen Entwicklungsprobleme auszudehnen. Was sich schon seit einigen Jahren auf FAO-Kongressen ankündigte, wurde in Den Haag überdeutlich: die Food and Agriculture Organisation der Vereinten Nationen beansprucht nicht nur Kompetenz auf dem Sektor der Nahrungsmittelproduktion und der Landwirtschaft, sondern auch beispielsweise in Fragen der Familienplanung (Geburtenkontrolle), des Welthandels, der Arbeitsplatzbeschaffung. Man braucht diese Entwicklung nicht unbedingt als negativ anzusehen; denn hier zeigt sich zumindest das eine, daß nämlich das ganze Problem der Entwicklung ein einziger, zusammenhängender Komplex ist. Auf der anderen Seite erhebt sich die Frage, ob eine solch spezielle Organisation der Vereinten Natio-

nen wie die FAO in ihrer derzeitigen Struktur sich in Aufgabenbereiche einmischen soll, die ausdrücklich nicht in ihre Kompetenz fallen und für die es andere UNO-Organisationen gibt.

Nun, auf dem Zweiten Welternährungskongreß in Den Haag, der für zwei Wochen, vom 16. bis 17. Juni, 1500 Experten aus aller Welt in die niederländische Hauptstadt führte, ging es nicht in erster Linie um Strukturfragen. *Ziel* der Veranstaltung war, Wege zu weltweiter Aktion und Mobilisierung der öffentlichen Meinung zu zeigen. Hatte der erste Welternährungskongreß der FAO, 1963 in Washington, noch unter dem Eindruck der bedrohlichen Situation auf dem *Ernährungssektor* gestanden, so ging es in Den Haag vor allem um konkrete Möglichkeiten zur *Bekämpfung des Hungers*. Die heutige Lage unterscheidet sich von der von vor sieben Jahren durch eine enorme Steigerung der landwirtschaftlichen Techniken und durch die

Entwicklung neuer, ertragreicherer Getreidesorten, die in viele Länder Eingang gefunden haben. Man spricht in diesem Zusammenhang gar von einer „*grünen Revolution*“. Der neue Generaldirektor der FAO, der Holländer *A. H. Boerma*, konnte es sich dementsprechend erlauben, in seinem Vorwort zum Programm des Haager Kongresses einige *optimistische* Töne anzuschlagen: „Die zunehmende Verwendung hocheffizienter Getreidesorten, die wachsende Erkenntnis der Bedeutung von Düngemitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln und anderen Chemikalien, der zwar langsam, aber stetig wachsende Umfang von Investitionen in die landwirtschaftliche Entwicklung — alle diese Faktoren zusammen schaffen günstigere Bedingungen für den fortdauernden Feldzug gegen den Hunger in der Welt.“ In seiner Eröffnungsrede setzte er dieser optimistischen Sicht allerdings zugleich ein *warnendes* Ausrufezeichen entgegen: die „grüne Revolution“ könne nur gelingen,